

**Die Empfehlungen zur
frühkindlichen Bildung
sind ein großer Erfolg!**

Seite -3-

**Kandidaturen auf
dem Stadtparteitag**

ab Seite -6-

**Regionalkonferenz
DIE LINKE am 24.
April 2008**

Seite -9-

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

6. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

31. März 2008

Aus der letzten Stadtratssitzung am 26.03.2008

Halle hat wieder einen Bürgermeister!

Mit Mehrheit hat der Stadtrat den 1. Bürgermeister - also die offizielle Vertretung von Frau Oberbürgermeisterin Szabados - gewählt. Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, wird diese Aufgabe ausführen!

Für eine heftige Diskussion sorgte dann die Vorlage „Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen“. Bereits im Vorfeld war zu erkennen, dass diese Vorlage Konfliktpunkte in sich trägt. Ziel dieser neuen Richtlinie ist, die Regelung der Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit und die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft sowie des Eigenbetriebes für Kindertagesstätten zu regeln. In der Vergangenheit wurde die Mehrzahl der Kindertagesstätten der Freien Träger über Rahmenvereinbarungen finanziert und Entgelte vereinbart. Mit der jetzigen Regelung sollte eine einheitliche Regelung für alle Kitas getroffen werden. Und gerade in diesem Anspruch lag das Problem! Die Freien Träger der Jugendhilfe haben in Anträgen, die im

Jugendhilfeausschuss übrigens auch eine Mehrheit fanden, auf Unterschiedlichkeiten der Finanzierung des Eigenbetriebes und der Freien Träger aufmerksam gemacht. Unsere Fraktion hatte dazu auch noch einmal Anträge eingebracht, die eine wirkliche Gleichstellung der Freien Träger und des Eigenbetriebes beinhalteten. Leider fanden die Anträge des Jugendhilfeausschusses und auch unsere Anträge keine Mehrheit. Die neue

Richtlinie passierte mit einer Mehrheit im Stadtrat ihren Weg. Frau Oberbürgermeisterin Szabados sicherte aber zu, eine Prüfung der Vergleichbarkeit zuzulassen und bei Erkenntnis, dass der Eigenbetrieb wirklich mehr Geld für bestimmte Positionen erhält, Änderungen einzuführen. Allerdings kann das erst mit dem Wirtschaftsplan 2009 geschehen.

Fortsetzung auf Seite -2

Der Stadtvorstand lädt alle Mitglieder des Stadtverbandes zur

1. Tagung des 2. Stadtparteitages herzlichein.

Samstag, den 05. April 2008

10:00 Uhr bis ca. 16:00 Uhr

Kulturtreff Halle-Neustadt

Tagesordnung:

1. Konstituierung

2. Berichte

3. Aussprache

4. Vorstellung der KandidatInnen

5. Wahlen Delegierte Stadtparteitag + Ersatzdelegierte

6. Nachwahl Ersatzdelegierte Stadtparteitag

7. Wahl Mitglieder Landesausschuss

8. Beschluss zur Kommunalwahl

Aus der letzten... Fortsetzung von Seite -1-

Beschlossen wurden im Stadtrat der Jahresabschluss der Kulturinsel für das Jahr 2005/2006, der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2008 für den Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement der Stadt Halle (Saale) und auch die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Wochenmärkte und Volksfeste... (Marktgebührensatzung).

Mit großer Mehrheit - und ohne Diskussionen - wurde dem Baubeschluss IBA-Sachsen-Anhalt 2010 - Projekt Skaterpark - zugestimmt. Mit diesem Beschluss wird die Freifläche Ecke Magistrale/Halloreustraße umgestaltet und eine Skateranlage im Zentrum Halle-Neustadts gebaut. Auch dieses Vorhaben hatte im Vorfeld für unterschiedliche Reaktionen gesorgt. Die Sorgen um Lärmbelästigungen etc. machten sich vor allem von Anwohnern breit. Nach einer Anhörung vor Ort, der Präsentation des Projektes u.a.m. wurden aber einige Ängste von der Verwaltung aus dem Weg geräumt. So wurde ein Lärmschutzgutachten durchgeführt und Immissionsrichtwerte und Nutzungen der Skateranlage festgelegt.

Im nicht öffentlichen Teil des Stadtrates wurden u. a. die Vorlage zur Abfallbehandlung der Stadt Halle (Saale) und der Ankauf der Sportanlage Lettin (Teilanlage der ehemaligen Kaserne) bestätigt. Für Diskussionen sorgte die Mitteilung des Herrn Beigeordneten Pohlack zur Erstellung einer Parkplatzanlage auf dem Bolzplatz vor dem Landesmuseum. Mit der baldigen Eröffnung des Landesmuseums für Vorgeschichte wird ein Ansturm von Besuchern - vorrangig mit dem PKW - erwartet. Aber Parkplätze gibt es kaum an dieser Stelle! Herr Pohlack stellte die Idee vor, dafür den Bolzplatz - der übrigens sehr rege von Jugendlichen genutzt wird - umzuplanen. Ein neuer Bolzplatz sollte dann auf dem Schulhof der Reil-Sekundarschule errichtet werden. Wir wollen den Bolzplatz erhalten! Schon im Stadtrat hat Uwe Köck auf Alternativen für Parkplatzmöglichkeiten hingewiesen, wie z. B. die Parkflächen der Arbeitsagentur und das Parkhaus am Zoo. Eine Sitzung des Planungsausschuss am 08.04. wird sich mit diesem Thema noch einmal beschäftigen.

Ute Haupt

Stadträtin

Gute Arbeit - Gutes Leben

Öffentliches Forum

des Stadtverbandes und der Stadtratsfraktion

DIE LINKE Halle

Mittwoch, 23. April 2008

18:30 Uhr

Freiwilligenagentur

(Leipziger Straße 36/37 über Martinstraße)

mit Werner Dreibus

**Gewerkschaftspolitischer Sprecher
der Bundestagsfraktion DIE LINKE**

Nebenan

Schwindende Bevölkerungszahlen

Das „Linke Blatt“ hat in Nummer 3 / 2008 im Februar seine Leserinnen und Leser auf die Landesentwicklungsplanung aufmerksam gemacht. Nun sind die Zielstellungen der Landesregierung bis 2012 bekannt geworden.

Die drei Oberzentren werden erhalten bleiben. Doch auch hier ist der Bevölkerungsrückgang beachtenswert. Allein in Halle-Neustadt verringert sich die Zahl der Einwohner fast um die Hälfte, seit 1990 von 89.512 auf 47.552 im Jahr 2007.

Als Mittelzentrum wertet die Landesregierung Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern. Manche ehemalige Kreisstadt muss sich da Sorgen machen.

Als Grundzentren sollen Gemeinden mit mehr als 3.000 Einwohnern eingestuft und gefördert werden.

Im benachbarten Saalekreis müssten zum Beispiel die Stadt Wettin und die Gemeinde Günthersdorf um die Einstufung besorgt sein. Günthersdorf mit entsprechenden Einnahmen aus dem bekannten Einkaufszentrum könnte die Verringerung der Landeszuschüsse möglicherweise hinnehmen. Aber wie entwickelt sich Wettin ohne nennenswerte Industrie oder andere Investitionen mit weniger Landesmitteln?

Im südlichen Sachsen-Anhalt werden voraussichtlich im Jahr 2012 18 Kommunen nicht mehr als Grundzentren eingestuft werden können, da sie weniger als 3.000 Bewohner haben werden. Wird sich die Lebensqualität der verbleibenden Bürgerinnen und Bürger in diesen Gemeinden verschlechtern?

Eine einfache Antwort wäre eine falsche Antwort.

Die Einstufung der Kommunen in bestimmte Förderungsgruppen ist nicht die einzige Entscheidung bei der Landesentwicklung. Standortempfehlungen für Investitionen, Festlegung über Verkehrsprojekte, Standards für die ärztliche Versorgung sind zum Beispiel andere wichtige Aufgaben. Der Landesparteitag der LINKEN im September wird darüber debattieren.

G.Nau

Die Empfehlungen zur frühkindlichen Bildung sind ein großer Erfolg!

Es war eine lange und schwere Geburt: Der Bildungskonvent hat am Montag, am 10. März 2008 seine Empfehlungen für die Verbesserung der Chancengleichheit von Kindern vor dem Schuleintritt beraten. Es ging also um frühkindliche Bildung.

Dem waren mehrere Sitzungen der dafür zuständigen Arbeitsgruppe vorausgegangen. Eine Reihe von interessanten Impulsbeiträgen von Sachverständigen und WissenschaftlerInnen und lebhaft Diskussionen waren Gegenstand dieser Sitzungen. Ein Neurowissenschaftler - Professor Schulz - schilderte die Zusammenhänge zwischen den physiologischen Voraussetzungen und Entwicklungen und deren Konsequenzen für die Lernfähigkeit von Kindern. Professor Braun von der Fachhochschule befasste sich mit dem Zusammenhang von Schule und sozialer Chancengleichheit. Professorin Aila-Leena Matthies aus Finnland informierte über die Strukturen des finnischen Bildungssystems.

Die Kontroversen zwischen den Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe konzentrierten sich vor allem auf die Frage des Verhältnisses von Eltern und staatlicher Bildung, auf die der Ganztagsbildung im Kindergarten, auf die Frage nach der Zukunft der Ausbildung von ErzieherInnen. Diese Spannungsfelder spiegelten sich auch in der abschließenden Konventssitzung. Zunächst reagierten viele Mitglieder des Konvents sehr verärgert darauf, dass die VertreterInnen der CDU - trotz langwieriger Debatten im Arbeitsgruppe, bei denen sie weitgehend anwesend waren - die Verständigung im Plenum des Konvents mit umfangreichen Änderungsanträgen blockierten, die den Anwesenden erst mit Beginn der Veranstaltung vorgelegt worden waren. Zeitweilig drohte die zuvor erfolgreiche Verständigung zwischen den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Verbesserung der Chancengleichheit“ auf einen gemeinsamen Kompromiss zu scheitern. Dennoch gelang es, in den Empfehlungen des Bildungskonvents die wesentlichen Eckpunkte aus diesem Kompromiss zu erhalten.

Dazu gehören unter anderem folgende Empfehlungen:

* allen Kindern - unabhängig von der sozialen Herkunft und dem Bildungsstatus der Eltern - eine Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung in der Kindertagesstätte zu ermöglichen,

* die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in der Zukunft auf ein akademisches Niveau anzuheben

* für eine erfolgreiche Umsetzung des Bildungsprogramms „Bildung elementar“ den Personalschlüssel in den Kindertagesstätten zu verbessern

* für alle Kinder Sprachentwicklungstests durchzuführen um die individuelle Sprachförderung in den Kitas zu verbessern.

Anliegen der vielfältigen Anregungen und Empfehlungen des Bildungskonvents ist es nicht, die Eltern ihrer Erziehungsverantwortung zu entheben. Gewollt ist vielmehr eine umfangreiche und konsequente Verbesserung der Arbeit in den Kitas - als eigenständigem Bildungsangebot in der frühen Kindheit, zur Verbesserung der Chancengleichheit in der Bildung.
Birke Bull



04.04.2008, 14:00 Uhr

Bürgerhaus AlternativE, Gustav-Bachmann-Str. 33

„Humanistische Lebenskunde-eine Alternative zum Religionsunterricht“

07.04. 2008, 20:00 Uhr

Radio CORAX Halle, Unterberg 11

„A bas les OGM ! - Widerstand gegen Gentechnik in Frankreich“

10.04.2008, 20:00 Uhr

UFO-Galerie Halle, Adam-Kuckhoff-Str. 30

„Kunst und Gentechnologien II, kritisch-künstlerische Positionen von hybrid video tracks“ (Berlin)

14.04.2008, 20:00 Uhr

Cafe Nöö-Reformhaus, Große Klausstr. 11

„Partizipative Ökonomie-Ein Leben jenseits vom Kapitalismus“

21.04.2008, 14:30 Uhr

Bürgerhaus alternativE, Gustav-Bachmann-Str. 33

Vorstellung der Literaturnobelpreisträgerin Doris Lessing
Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt

28.04. 2008, 20:00 Uhr

Cafe Nöö-Reformhaus, Große Klausstr. 11

„Cuba - aktuelle Zustände und Entwicklungen“

29.04.2008, 14:00 Uhr

Blumenstraße 16

„Der Platz des Kosovo in den politischen Auseinandersetzungen um den Balkan“

Referent: Prof. Ernstgert Kalbe (Leipzig)

Bericht des Vorsitzenden an den Stadtparteitag

Grundlage für die Tätigkeit des Stadtvorstandes waren vor allem die Beschlüsse des Stadtparteitages vom Juni 2007.

Ein politisches Schwerpunktthema des vergangenen Jahres für Stadtverband und Stadtratsfraktion waren die Haushaltskonsolidierung und ihre Folgen für die kommunalen Unternehmen. Hier brachte sich DIE LINKE Halle aktiv in den Prozess ein, um die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger sozial gerecht zu gestalten. Der ursprüngliche Beschluss des Stadtparteitages war nicht durchzuhalten, so dass sich Stadtvorstand und Fraktion entschließen mussten die Frage, wie wir mit der Ratsvorlage zum Abbau des Altdefizits umgehen sollen, nach eingehender Information und Diskussion einem Stadtparteitag zu Entscheidung vorzulegen. Es ist uns gelungen, die ursprüngliche Absicht der Stadt, den Abbau der Altschulden in vollem Umfang auf die Mieterinnen und Mieter der kommunalen Unternehmen umzulegen, zu verhindern. Es wird auch in Zukunft in Halle starke kommunale Wohnungsunternehmen geben. Während die Hallenser durchaus die Problematik der konkreten Situation und die konstruktive Rolle unserer Partei wahrnahmen und dies sich auch in der Berichterstattung der lokalen Presse widerspiegelte, waren andere Kreisverbände weniger bereit sich mit der Komplexität der getroffenen Entscheidung auseinander zusetzen. Neben dem bekannten Briefwechsel mit dem Kreisverband Freiburg gab es auch Äußerungen von Mitgliedern unserer Partei, die sehr undifferenziert waren. Es ist bedauerlich, dass sich kein einziger von den eifrigen

Erklärern an den Stadtverband gewendet hat, sondern bevorzugt über statt mit uns geredet wurde. Der Stadtvorstand schätzte ein, dass trotz auch verständlicher Kritik an der Entscheidung der Entscheidungsprozess ein gutes Beispiel innerparteilicher Demokratie und Diskussionskultur war.

Die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit und ihre Folgen in unserer Stadt, wie auch die aus unserer Sicht wenig zielführende sogenannte Arbeitsmarktpolitik, haben den Stadtparteitag bewogen, zu beschließen, dass wir uns intensiv mit Alternativen zu den bestehenden Politikansätzen auseinandersetzen wollen. Eine wichtige Rolle spielen dabei Konzepte für nachhaltig öffentlich geförderte Beschäftigung. In einer Veranstaltung mit den Bundestagsabgeordneten Elke Reinke, Katrin Kunert und Petra Sitte ist es uns gelungen, unser Anliegen öffentlich zu machen und gemeinsam mit Vereinen und Verbänden zu diskutieren. Dank an Ants Kiel und Ute Haupt für die gute Vorbereitung dieser Veranstaltung. Eine weitere Veranstaltung zu diesem Themenkomplex ist für den 23. April 2008 geplant.

Ein weiterer Beschluss machte unsere Ablehnung einer militärischen Nutzung des Flughafens Halle-Leipzig deutlich. Unsere Parlamentarier aller Ebenen sind bemüht, durch Anträge und Anfragen, das Thema öffentlich zu machen. Hier engagiert sich besonders unser halleischer Landtagsabgeordneter Uwe Heft. Mit Initiatoren von Bürgerinitiativen beriet sich der Stadtvorstand ebenfalls, wir werden dieses Anliegen auch weiter verfolgen.

In Vorbereitung der Kommunal-

wahl 2009 beschloss der Stadtparteitag das Positionspapier „Kommunalpolitische Kompetenz stärken - Zukunftswerkstatt Halle“. Die darin verankerten Vorhaben sind wichtig und notwendig, leider ging einiges im „Alltagsgeschäft“ von Vorstand und Fraktion unter. Die AG Wirtschaft, Umwelt und Verkehr und unser Landtagsabgeordneter Uwe Köck haben zum Thema Regionalkreis bereits wichtige Vorarbeit geleistet. Auch der Landesvorstand und die Landtagsfraktion haben dieses Thema auf ihre Tagesordnung gesetzt. Da jedoch auch diese Gremien eine Vielzahl von Themen zu bearbeiten haben, bleibt es Aufgabe des Stadtverbandes, hier die Rolle des Prozesstreibers zu übernehmen. Das ist deshalb wichtig, weil die Klärung der Position unserer Partei, zur Lösung der Stadt-Umland-Probleme unter den veränderten Rahmenbedingungen der Kreisgebietsreform, noch nicht erfolgt ist.

Die Umsetzung dieses Beschlusses wird bis zum Jahresende ein Schwerpunkt der Arbeit des Stadtvorstandes sein. Wir haben vereinbart, bis zur Klausurtagung des Vorstandes nach den Sommerferien uns in thematischen Sitzungen zur Herangehensweise und Kommunikation der einzelnen Themen zu befassen. Beginnen werden wir am 02. April mit dem Schwerpunktthema Bildungspolitik.

Ein wichtiges Arbeitsfeld war die Neustrukturierung unseres Stadtverbandes: Verbesserung der politischen Handlungsfähigkeit von Basisorganisationen und Verbesserung der innerparteilichen Kommunikation, das waren die Aufgaben, die der Stadtparteitag dem

Vorstand stellte. Die vom Vorstand weitergeführte Arbeitsgemeinschaft analysierte die bestehenden Strukturen und regte Zusammenschlüsse von Basisorganisationen an. Ziel war dabei nicht unbedingt immer die Fusion von Basisorganisationen, da wichtiger als Strukturen die Arbeitsfähigkeit der Gliederungen ist. Große Erfolge konnten in Halle-Neustadt erzielt werden, hier schlossen sich die bestehenden BO's zu 3 Basisorganisationen zusammen. In Halle-Ost konnten wir die bestehenden Basisorganisationen mit dort wohnenden Genossinnen und Genossen zusammenführen, so dass dort eine BO entstanden ist, die den gesamten Stadtteil organisatorisch abdeckt. Die Basisorganisationen Riebeckplatz und Hofjäger, die schon seit langer Zeit gut zusammenarbeiten, haben sich nun zu einer BO zusammengeschlossen. Im haleschen Süden gehen wir einen anderen Weg, die dort bestehenden Basisorganisationen wollen den Zusammenschluss zu einem Ortsverband/Basisverband, der zukünftig die Aktivitäten unserer Partei im Süden koordiniert. Im Norden von Halle wurden damit schon lange gute Erfahrungen gemacht. Die Arbeit in den Stadtgebieten wird von jeweils einem Vorstandsmitglied begleitet.

Die Mitglieder der WASG fanden, dort, wo sie sich in Basisorganisationen einbrachten, schnell Anschluss an die Arbeit in unserer gemeinsamen Partei. Hier zeigte sich, dass es richtig war, dass die beiden Quellparteien in Halle bereits vor dem Gründungsparteitag gut zusammengearbeitet haben. Die Qualität dieser Arbeit zeigt sich auch darin, dass sowohl im Stadt-

vorstand als auch bei den Delegierten zum Landesparteitag mehr Mitglieder aus der vormaligen WASG gewählt wurden als dass es in den Beschlüssen der Landespartei vorgesehen war. Die Fusion unserer Parteien hat den Stadtverband Halle gestärkt. Das zeigt sich auch an den zahlreichen Neueintritten des vergangenen Jahres. Die Beratungen der Vertreterinnen und Vertreter aus den Basisorganisationen, die monatlich stattfinden, werden sehr gut angenommen. Sie haben sich zu einem Erfahrungsaustausch entwickelt, der es ermöglicht, wichtige Themen in alle Basisorganisationen zu tragen. Diese Beratungen sind für alle Mitglieder des Stadtverbandes offen. Positiv ist anzumerken, dass auch der Landesvorstand im November eine dieser Beratungen gestaltete und auf politische und organisatorische Aufgaben des Landesverbandes einging. Es ist wichtig, dass sich DIE LINKE Halle stärker auch in die Debatten des Landesverbandes einbringt und so auch seiner Rolle als einer der mitgliedstarken Kreisverbände gerecht wird. Der Landesvorstand möchte seine Beratungen mit Basisvertretern fortsetzen und lädt am 24. April 2008 die Region südliches Sachsen-Anhalt, zu der Halle zählt, in den Kulturtreff Halle-Neustadt ein.

Im letzten Jahr fanden in Halle, vom Stadtverband oder von Basisgruppen organisiert, zahlreiche Veranstaltungen statt. Ob die mit Cornelia Hildebrandt oder Ulrich Maurer im Kulturtreff, die mit unserer Bundestagsabgeordneten Petra Sitte in der Volkssolidarität oder die mit Kulturpolitikerin Trotha, die Veranstaltungen wurden gern angenommen.

Öffentlichkeitswirksam war auch die Teilnahme mit Informationsständen an Wohngebietsfesten.

Das Linke Blatt erschien im vergangenen Jahr regelmäßig, es ist gelungen, die Verteilung besser zu organisieren, so dass es allen Mitgliedern als Informationsquelle zur Verfügung steht. Es kann seit August auch im Internet nachgelesen werden.

Wichtig für die Öffentlichkeitsarbeit ist die Internetpräsenz, die Besucherzahlen stiegen vom Wahljahr 2006 mit 25.000 Besuchern im Kalenderjahr 2007 auf über 35.000 Besucher an. Derzeit arbeitet der Stadtverband an einer Überarbeitung des Internetauftrittes auf der Basis der vom Landesverband bereitgestellten Programme. Ziel ist es, die Homepage zu einem Informationsmedium vor allem für an unserer Politik Interessierte zu gestalten. Dabei brauchen wir die Hinweise der Mitgliedschaft ebenso dringend, wie auch Mithilfe bei der Erstellung von Inhalten.

Schwerpunkt des kommenden Jahres werden die anstehenden Bundestags-, Europa- und Kommunalwahlen sein. Hierauf gilt es die Kraft des Stadtverbandes zu konzentrieren, damit wir unsere Position als stärkste politische Kraft in Halle behaupten können. Hierzu benötigen wir ein fundiertes Wahlprogramm und gute, motivierte Kandidaten, die einen starken Stadtverband im Rücken haben. Wir dürfen nicht vergessen, unsere Arbeit ist kein Selbstzweck, sondern wir wollen dieses Land verändern, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit das sind unsere politischen Ziele für unser Land und für unsere Stadt.

Sven Knöchel,
Stadtvorsitzender

Kandidaturen auf dem Stadtparteitag

Henriette Quade

Ich bin 23 Jahre alt, studiere an der MLU Halle germanistische Literaturwissenschaft, Zeitgeschichte und Wirtschafts- und Sozialgeschichte und lege gerade meine Zwischenprüfung ab. Im Jahr 2000 bin ich in die PDS eingetreten. Seitdem arbeite ich für unsere Partei in verschiedenen Bündnissen und bin im Stadtvorstand als stellvertretende Vorsitzende für die Bereiche außerparlamentarische Arbeit, Rechtsextremismus und Antifaschismus verantwortlich und bearbeite diese Themen auch im Landesvorstand.

Wie viele andere Genossinnen und Genossen sehe ich eine wesentliche gesellschaftliche Aufgabe in der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Linke Politik kann sich dabei nicht in der berechtigten Forderung nach mehr betreuten Jugendclubs erschöpfen. Um rechtsextremen Strukturen wirkungsvoll entgegen zu treten, ist auch ein gesellschaftliches und politisches Klima notwendig, das rassistische und antisemitische Äußerungen ächtet, das die Verherrlichung des Nationalsozialismus zurück weist und rechtsextremen Positionen demokratisch begegnet und sie in Debatten nicht zulässt. Als Partei und gesellschaftliche Kraft kommt uns dabei eine wichtige Rolle zu, die wir verantwortungsbewusst wahr nehmen müssen: Der Bundesparteitag in Cottbus entscheidet mit der Wahl eines neuen Parteivorstands und mit der Festlegung der nächsten Aufgaben unserer Partei über unsere künftige Position in der Gesellschaft. Als Delegierte will ich für ein demokratisch-sozialistisches Selbstverständnis als europäische Partei eintreten, das die Werte Sozialismus und Freiheit untrennbar miteinander verbindet und nationalistischen und autoritären Weltbildern eine klare Absage erteilt.

Dieter Schika



(57 Jahre, Dipl. - Ing. - Ökon., Verheiratet, 3 Kinder, Mitarbeiter unseres Landtagsabgeordneten, Dr. Uwe-Volkmar-Köck)

Ich möchte auf diesem Weg meine Kandidatur als Delegierter unseres Stadtverbandes für den Bundesparteitag unserer Partei bekannt geben. Ich hatte bereits schon einmal das Vertrauen unserer GenossInnen und konnte unseren Stadtverband auf den Parteitag in Halle (April 2006) bis zum Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE (Juni 2007) vertreten. Es war eine von Emotionen und Verantwortung geprägte Zeit. Das hat sich auch bei vielen meiner Berichterstattungen, über die Bundesparteitage, in den Basisorganisationen gezeigt. Der Weg, den wir bisher gemeinsam gegangen sind, hat sich bereits bei den letzten Kommunalwahlen in den alten Bundesländern als richtig erwiesen. Jetzt, da es nun unsere neue Partei gibt, ist es wichtig der Partei DIE LINKE ein Gesicht zu geben.

Ich werbe für das erneute Vertrauen, auch weiterhin mein Wissen und meine Erfahrungen sowie die Ideen und Anregungen unserer GenossenInnen bei der inhaltlichen und programmatischen Gestaltung der Partei einbringen zu können.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den nächsten Sitzungen des Bundesparteitages werden die Weichen für die Zukunft unserer Partei gestellt. Für was soll DIE LINKE. stehen? In welche Richtung wollen wir uns bewegen? Die Diskussionen sind in vollem Gange. Es gibt viele Punkte zu klären, die ja auch in den Programmatischen Eckpunkten nieder geschrieben sind. Es werden also arbeitsreiche Tagungen. Ich wünsche mir, dass am Ende von einer hoffentlich guten inhaltlichen Debatte die Verabschiedung unseres Programms stehen wird. Es ist mir wichtig, dass sich die Basis im Vorfeld ausführlich an dieser Diskussion beteiligt. Ich wünsche mir, dass dazu die Anträge an den Parteitag rechtzeitig vorliegen und so konkret besprochen werden können. Ich selbst möchte mich aktiv beteiligen und mich daher als Delegierte für den Bundesparteitag zur Wahl stellen. Gerne bin ich im Falle meiner Wahl bereit, direkt in interessierten Basisgruppen zu diskutieren. Da ich leider an unserem Stadtparteitag nicht teilnehmen kann, möchte ich mich

noch kurz vorstellen. Mein Name ist Franziska Godau. Ich bin 27 Jahre alt und Mutter eines 9monatigen Jungen. Meine Elternzeit ist im April zu Ende und dann arbeite ich wieder als Fremdsprachenkorrespondentin. Seit April 2007 bin ich Stadträtin in Halle. Schon in der letzten Legislatur habt ihr mir Euer Vertrauen geschenkt und mich zur Delegierten gewählt. Damals habe ich gesagt, diese Legislatur ist nicht das Ende, sondern der Anfang. Nun bitte ich abermals um Euer Vertrauen, um diesen Anfang mitgestalten zu können. Vielen Dank!

Franziska Godau



Uwe Larsen Röver

Mein Name ist Uwe Larsen Röver. Ich bin 1960 in Halle geboren. Nach Abschluss der 10. Klasse der POS erlernte ich den Beruf eines Industriekaufmanns und arbeitete bis 1986 in der Baustoffindustrie. Anschließend bis 1990 an einem Institut der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

Von 1981 bis 1989 war ich Mitglied der SED. Im November 1989 schloss ich mich der „Vereinigten Linken“ an und blieb dort Mitglied bis zu deren faktischer Selbstaflösung 1992/93.

Seit 1990 bin ich bei der Bahn beschäftigt, heute als Zugführer und Kundenbetreuer im Schichtdienst.

Seit dieser Zeit bin ich auch gewerkschaftlich aktiv, seit 2002 als Betriebsrat der Gewerkschaft TRANSNET. Zugleich war ich über die Jahre in verschiedenen linken, gewerkschaftlichen Initiativen und Projekten aktiv. Dabei habe ich Politik der PDS/Linkspartei immer von einem sympathisierend-kritischen Standpunkt aus verfolgt. Ebenso das Projekt der WASG.

Der Beschluss zur Fusion beider Parteien im vorigen Jahr hat mich schließlich bewogen, Mitglied der neuen Partei zu werden und mich aktiv in sie einzubringen. In dem neuen Gremium des Landesausschusses sehe ich für mich eine Möglichkeit, die Verbindung zwischen Basis und den Gremien des Landesvorstandes bzw. der Landtagsfraktion ehrenamtlich zu unterstützen. Als besonders wichtig erachte ich dabei die Beziehungen zwischen den außerparlamentarischen Bewegungen, hier besonders den Gewerkschaften und der Parteipolitik, weiter zu entwickeln. Hier würde ich meinen Schwerpunkt sehen.

Ich verstehe mich als demokratischen Sozialisten, wobei beide Begriffe für mich gleichrangig sind.

Meine Erfahrungen aus der DDR und der „Wendezeit“ möchte ich mit dem Satz : „Ohne Demokratie kein Sozialismus und ohne Sozialismus keine vollständige Demokratie“, zusammenfassen.

Mit der Konstituierung der Partei „Die Linke“ verbinde ich die Hoffnung, die Erfahrungen und Werte der demokratischen Linken in Ost- und Westdeutschland progressiv zusammenzuführen.

Für weitere Fragen bezüglich meiner Person und meiner inhaltlichen Positionen stehe ich auf dem Stadtparteitag gerne zur Verfügung.

Achim Bittrich

Woher kommen wir - wohin gehen wir?

Spätestens seit den Wahlerfolgen in den alten Bundesländern ist klar: Die Linke. Ist gekommen um zu bleiben. Mit dem Bundesparteitag im Mai werden wir die Grundlagen für ein erfolgreiches Wahljahr 2009 legen. Und da haben wir nach aktuellen Umfragen in Sachsen-Anhalt, wie auch in Brandenburg, die Chance, stärkste Partei zu werden. Das ist nicht zuletzt auch auf das erfolgreiche Agieren des Landesverbandes sowohl bei der Parteineubildung als auch in den programmatischen Debatten zurückzuführen. In Cottbus werden wir zwar noch kein Parteiprogramm diskutieren, aber deutliche Signale für ein inhaltliches Angebot für die bevorstehenden Wahlen setzen. Da gilt es, die Werte und Erfahrungen der ehemaligen PDS, wie ihren Gründungskonsens oder die Agenda Sozial mit denen der ehemaligen WASG und vieler neu Hinzugekommener, zu verbinden. Als moderne Volkspartei müssen wir Angebote für ein breites Wählerspektrum entwickeln, um erfolgreich zu bleiben. Als Partei müssen wir aber auch ständig unsere Positionierung gegenüber der politischen Konkurrenz, unsere kulturelle Ausstrahlung, unsere personelle und strukturelle Aufstellung analysieren und weiterentwickeln. Für diese Prozesse habe ich mich im Stadt- und im Landesverband engagiert, sicher auch recht erfolgreich. Mit diesen Erfahrungen bewerbe ich mich um ein Mandat als Delegierter zum Bundesparteitag.

Sven Knöchel

Nachdem im vergangenen Jahr der Gründungsparteitag die Grundlagen für den Zusammenschluss zur Partei DIE LINKE legte, ist es nun Aufgabe dieses Parteitages, der neuen Partei ein Programm zu geben. Dieses soll dann die Grundlage für die Arbeit der nächsten Jahre sein. Ich wünsche mir, dass die neue LINKE eine Mitgliederpartei mit deutlich sozialistischem Profil wird, welche parlamentarisch und außerparlamentarisch für einen gesellschaftlichen Wandel eintritt. In diesem Prozess möchte ich mich einbringen, deshalb bitte ich um Euer Vertrauen für ein Delegiertenmandat zum Bundesparteitag.

Ich möchte als Delegierter die Diskussionen des Parteitages in den Stadtverband tragen und als sein Vertreter beim Bundesparteitag die Ergebnisse des Meinungsbildungsprozesses der halleschen Basisorganisationen vermitteln.

Finanzbericht an den Stadtparteitag am 5. April 2008

Das Jahr 2007 haben wir bei 757 Mitgliedern mit einem Überschuss von reichlich 9 TEuro abgeschlossen.

46 % unserer Mitglieder sind Frauen. Im laufenden Jahr 2007 sind 22 Mitglieder in unsere Partei eingetreten. Verloren haben wir 32 Mitglieder, davon sind 20 Mitglieder ausgetreten und 12 verstorben. 27 Mitglieder sind im Alter bis 30 Jahre und 495 Mitglieder über 65 Jahre alt.

Von den mehr als 126 TEuro Mitgliedsbeiträgen kamen 66 % aus dem Bankeinzug, den 53 % unserer Mitglieder wahrnehmen. Der mo-

natliche Durchschnittsbeitrag beträgt beim Lastschriftverfahren 15,85 • und bei den Barzahlern 9,60 •. Mit unserem guten Ergebnis konnten wir unser Termingeld um 5 TEuro auf insgesamt 35 TEuro erhöhen. Im Kommunalwahlfonds sind außerdem bereits 9 TEuro, die eine gute Grundlage für unseren Wahlkampf 2009 sind.

Trotz des sehr guten Ergebnisses gilt es, weitere Genossinnen und Genossen für den Bankeinzug des Mitgliedsbeitrages zu gewinnen und dabei die neue Beitragsrichtlinie, die nach dem Bundesparteitag im Mai gültig wird, einzuhalten. Außerdem

sollten alle Genossinnen und Genossen überprüfen, ob sie auch den laut Satzung jährlich zu zahlenden Beitrag an die Europäische Linke zahlen.

Nicht zuletzt geht ein großes Dankeschön des Stadtvorstandes an alle Finanzerinnen und Financer in den Basisorganisationen und unsere Finanzfrauen in der Geschäftsstelle Erika Rösner, Ingrid Giesel und Barbara Creutzmann, ebenso aber auch an Hubert Schmidt für die Ausdauer und kontinuierliche Tätigkeit.

Marion Krischok,
Schatzmeisterin

	Plan 2007	Ist 31.12.2007
I. Einnahmen		
Mitgliedsbeiträge	122.000	126.640,45
Mandatsträgerbeiträge	1.000	1.209,50
Spenden	3.000	3.513,60
weitere Einnahmen	1.000	1.716,17
Gesamteinnahmen	127.000	133.079,72
II. Ausgaben		
laufender Geschäftsbetrieb	17.500	11.390,52
allgemeine politische Arbeit	9.900	9.261,24
Zuschüsse an Landesvorstand	97.240	103.186,00
Gesamtausgaben	124.640	123.837,76
Überschuss	2.360	9.241,96

Bericht der Finanzrevisionskommission

Die Finanzrevisionskommission (FRK) des Stadtverbandes Halle der Partei DIE LINKE (Renate Krimmling und Ants Kiel) traf sich seit ihrer Wahl am 30.06.2007 dreimal, jeweils an einem Dienstag. Dies ist der Tag, an dem die Aufzeichnungen tagfertig in der Geschäftsstelle Blumenstraße 16 vorliegen. Die Aufgaben der FRK sind in der „Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen der Partei DIE LINKE. Landesverband

Sachsen-Anhalt“ dargelegt. Wir verabredeten, mindestens alle 3 Monate Kontrollen durchzuführen. Als kaum umsetzbar schätzen wir die Überprüfungen der Einhaltung der Richtlinie zur Beitragskassierung ein.

Im November 2007 verschafften wir uns einen Überblick über die Finanzen des Stadtverbandes. Wir sahen uns die Belegführung an, die Auswertung zum 30.09.07 und den Finanzplan für 2008.

Im Februar 2008 überprüften wir die Kasse und den Kassenstand bzw. die Übereinstimmung von Bankauszug mit dem Stand der Buchhaltung und sahen uns den verwendeten Kontoplan an.

Im März 2008 überprüften wir die Kassenbelege und die Bankbelege. Die Überprüfungen erbrachten keine Beanstandungen, alle Buchungen sind nachvollziehbar.

Renate Krimmling/Ants Kiel,
26. März 2008

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: info@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
27.03.2008

Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 10.04.2008

Landesregierung wird zunehmend zur Belastung für Sachsen-Anhalt

Zwei Jahre nach der Landtagswahl scheint die Luft aus der Landesregierung raus zu sein. Mehr noch, sie wird zunehmend zur Belastung für Sachsen-Anhalt.

Mittlerweile ist mehr als die Hälfte des Kabinetts politisch angeschlagen oder in der konzeptionellen Sackgasse:

- Frau Wernicke und Herr Haseloff blockieren sich gegenseitig und sind mit dem erschreckenden Ausmaß des Müllskandals hoffnungslos überfordert.
- Herr Hövelmann hat bis heute die gegen die Polizei erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit rechtsextremen Vorgängen nicht

restlos ausräumen können.

- Frau Kuppe steht vor dem Scherbenhaufen einer offensichtlichen Misswirtschaft im Sport und jahrelanger unzureichender Kontrolle.
- Das öffentlichkeitswirksam vorgestellte Personalkonzept des Finanzministers Bullerjahn scheint auch schon wieder Makulatur zu sein, nachdem in einem ministeriellen Bereich nach dem anderen Fakten geschaffen werden, die sein Konzept konterkarieren.
- Und last but not least ein amtsmüder Ministerpräsident, dessen Ansehen durch seine Äußerungen zur Praxis der Schwangerschaftsabbrüche in der DDR nachhaltig be-

schädigt ist und dessen Nachfolge innerhalb der CDU zwischen den Ministern Daehre und Haseloff heftig umkämpft ist.

- Dieses Kabinett ist offenkundig nicht mehr in der Lage, die für unser Land notwendige Handlungs- und Politikfähigkeit an den Tag zu legen.

Sollten CDU und SPD nicht schnell die Kraft aufbringen, die Reihen zu ordnen und sich wieder der Gestaltung von Politik zuzuwenden, wäre diese Koalition noch vor Halbzeit der Legislaturperiode am Ende.

Matthias Höhn

Regionalkonferenz DIE LINKE am 24. April 2008

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

nach dem Abschluss der Kreistour des Landesvorstandes Ende 2007, die von vielen Seiten als Erfolg und wichtiger Schritt zur Verbesserung der Kommunikation eingeschätzt wurde, haben wir uns in Abstimmung mit den Stadt- und Kreisvorsitzenden entschieden, diese Tour in Zukunft zweimal jährlich weiterzuführen und jeweils im Wechsel auf regionaler bzw. Kreisebene zu organisieren.

Im Zeitraum April/Mai 2008 werden in allen fünf Regionen des Landesverbandes durch den Landesvorstand und die jeweiligen Stadt- und Kreisvorstände Konferenzen durchgeführt, zu denen ich alle FunktionsträgerInnen der Partei bzw. alle MandatsträgerInnen der LINKEN in der Region sehr herzlich einlade.

**Die Regionalkonferenz Südliches Sachsen-Anhalt findet statt am
Donnerstag, dem 24. April 2008, um 18.00 Uhr,
im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6.**

Die Regionalkonferenzen sollen vor allem einen inhaltlich-programmatischen Ansatz verfolgen. Im Zentrum stehen neben einer Verständigung über die aktuelle politische Situation in Sachsen-Anhalt die Vorbereitung des Bundesparteitages 2008, die Einstimmung auf das Superwahljahr 2009 und die politischen Themen des Landesverbandes in Vorbereitung dessen. Darüber hinaus sollen die Konferenzen die Vernetzung innerhalb der Partei auf der regionalen Ebene unterstützen.

Die Regionalkonferenz steht selbstverständlich allen interessierten Genossinnen und Genossen sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten offen.

Ich bitte Euch, von dieser Möglichkeit des Informations- und Erfahrungsaustausches regen Gebrauch zu machen, und freue mich auf eine spannende Diskussion.

Mit solidarischen Grüßen

Matthias Höhn

Landesvorsitzender

aus der Landtagsfraktion:

Konsequenter Neubeginn beim Landessportbund dringend geboten

Zur heutigen Diskussion im zuständigen Landtagsausschuss über die Vorgänge im Landessportbund (LSB) und den daraus zu ziehenden politischen Konsequenzen ergibt sich für die Fraktion DIE LINKE folgende Bewertung:

1. Der unakzeptable Umgang mit Steuermitteln durch den LSB und der damit verbundene Schaden für den Sport in Sachsen-Anhalt lässt zum jetzigen Zeitpunkt scheinbar keine Alternative zur Kündigung der Verträge zwischen dem Land und dem LSB zu. Der LSB kann erst dann wieder mit der Vergabe von Fördermitteln betraut werden, wenn er mit einem völligen personellen und organisatorischen Neuanfang seine Eignung dafür unter Beweis stellt. Dazu zählen der vollständige Rücktritt des bisherigen Präsidiums sowie die Bildung eines Übergangsarbeitsgremiums aus den Vertretern der Kreissportverbände und der Fachverbände sowie die Überarbeitung der Satzung des LSB in eine Richtung, die eine demokratische Willensbildung ermöglicht.

2. Die zuständige Ministerin Kuppe mag in ihrer Amtszeit vor 2002 Fehler gemacht haben. Trotzdem war sie es, die die heutigen Missstände überhaupt erst aufgedeckt und öffentlich gemacht hat. Ohne diese Aufklärungsarbeit würden die Dinge wahrscheinlich noch heute so laufen wie in den letzten Jahren. Versteckte oder offene Rücktrittsforderungen gegenüber der Ministerin aus der CDU sind deshalb absurd und erwecken umgekehrt den Eindruck, dass diese Fraktion selbst kein Interesse an einem Neuanfang und der Aufklärung der Missstände im LSB hat.

3. Die Fehlverwendung von öffentlichen Mitteln im Sport wurde dadurch möglich, dass die Politik die

Kontrolle der Verwendung der Mittel offensichtlich sehr bereitwillig unterließ, während andere Fördermittelpfänger über jeden Euro Rechenschaft abzulegen haben und permanent von Kürzungen betroffen sind. Diese privilegierte Position des Sports - zumindest auf der Ebene des LSB - deutet auf eine Verquickung von Sport, Politik und Verwaltung hin, die eben eine solche Entwicklung begünstigt hat. Deshalb wird DIE LINKE Vorschläge unterbreiten, um diese Verbindung transparent und nachvollziehbar offen zu legen sowie gegenseitige Abhängigkeiten zu vermeiden.

Birke Bull
stellv. Fraktionsvorsitzende

Solidarität mit den Beschäftigten im Einzelhandel

Der Landesvorsitzende der LINKEN in Sachsen-Anhalt, Matthias Höhn, hat in einem Grußwort vor den Streikenden des Einzelhandels heute Morgen in Magdeburg die Unterstützung seiner Partei für die Forderungen der Beschäftigten zugesagt.

Matthias Höhn bezeichnete das bisher vorliegende Angebot der Arbeitgeber als nicht hinnehmbar. „Sie fordern als Beschäftigte nichts Unanständiges, sondern nur das, was Ihnen zusteht“, so Höhn vor den zahlreich erschienenen Streikenden. „Es ist nicht länger zu akzeptieren, dass der Aufschwung, von dem seit Monaten die Rede ist, nur bei wenigen ankommt und von der Mehrheit der Menschen durch Verzicht bezahlt wird.“

Höhn wies darauf hin, dass es notwendig sei, die Binnenkonjunktur durch eine Stärkung der Kaufkraft zu stützen. Dafür seien nach Jahren des Lohnverzichts spürbare Erhöhungen der Löhne und Gehälter Grundvoraussetzung. Der Landesvorsitzende der LINKEN bekräftigte in diesem Zusammenhang die Forderung seiner Partei nach der Einführung eines gesetzlichen Min-

destlohnes: „Wer den ganzen Tag im Betrieb schuftet, hat auch ein Recht darauf, von seinem Lohn in Würde leben zu können.“

Joachim Spaeth
Pressesprecher

Regionalkonferenzen

Im Zeitraum April/Mai 2008 werden in allen fünf Regionen des Landesverbandes durch den Landesvorstand und die jeweiligen Stadt- und Kreisvorstände Regionalkonferenzen durchgeführt, zu denen alle FunktionsträgerInnen der Partei sowie alle MandatsträgerInnen der LINKEN in der jeweiligen Region herzlich eingeladen sind.

Den Auftakt macht die Region Harz am 5. April, um 10 Uhr, im Klubhaus Hettstedt.

Es folgen die Region Südliches Sachsen-Anhalt am 24. April, um 18 Uhr, im Kulturtreff Halle-Neustadt, die Region Anhalt am 25. April, um 18 Uhr, im Kornhaus in Dessau-Roßlau und die Region Magdeburg am 16. Mai, um 17 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Magdeburg. Der Termin für die Altmark wird so schnell wie möglich bekannt gegeben.

Die Regionalkonferenzen sollen vor allem einen inhaltlich-programmatischen Ansatz verfolgen. Im Zentrum stehen neben einer Verständigung über die aktuelle politische Situation in Sachsen-Anhalt die Vorbereitung des Bundesparteitages 2008, die Einstimmung auf das Superwahljahr 2009 und die politischen Themen des Landesverbandes in Vorbereitung dessen. Dazu wird die Diskussion mit einem Referat des Landesvorsitzenden, Matthias Höhn, eröffnet.

Die Landtagsfraktion wird die Veranstaltungen nutzen, um ihre Schwerpunkte bis 2009 vorzustellen.

Die Konferenzen stehen selbstverständlich allen interessierten GenossInnen und SympathisantInnen offen.

Nachtrag zu Buchtipps:

In unserer 2. Januarausgabe haben wir das Buch von Florian Havemann, „Havemann“ vom Suhrkamp Verlag vorgestellt.

Dazu erreichten uns von einigen Lesern Anfragen, weil das Buch nicht im Handel erhältlich ist. Nach Informationen des Verlages musste das Buch auf Grund einstweiliger Verfügungen zurückgezogen werden. Nur etwa 7.000 unzensierte, und damit unveränderte, Exemplare sollen erschienen sein.

Eckhard Fuhr schreibt hierzu unter dem Titel „Havemann wird nie fertig“ in der „Welt“: „Havemann“, der berserkerhafte Familienroman Florian Havemanns, ist ein dem Wesen nach unfertiges Buch. Schon die äußere Gestalt, die der Suhrkamp-Verlag ihm gab, 1100 Seiten Paperback zwischen dünnen Pappdeckeln, deutete auf das Unabgeschlossene dieses Werkes hin...

Die 7.000 unzensierten Exemplare, die schon unter den Leuten sind, bieten eine breite Vergleichsbasis. So wird das, was unsichtbar gemacht werden soll, besonders hell beleuchtet. Das Gerede erhält so eine gewaltige Ration Futter. (...)

Ob am Ende dann eine zweite, eine gereinigte Druckfassung von „Havemann“ noch erscheinen wird, ist nicht so wichtig. In jedem Fall wäre das Buch tot, wenn es fertig würde...“

Seit dem 15. Februar 2008 hat der Verlag das Buch, eine „revidierte Ausgabe“, in elektronischer Version ins Internet gestellt. „...Um das Buch, das aufgrund persönlichkeitsrechtlicher Einwände zurückgezogen werden musste, rasch wieder

zur Verfügung zu stellen, wurden die betreffenden Stellen vorerst, in Absprache mit dem Autor, geschwärzt...“

Anfangen

- von Florian Havemann -

Egal, womit anfangen.

Alle kennen Havemann, keiner kennt Havemann. Ich schreibe das auf, nur das, was sich in meine Erinnerung eingegraben hat, was sich in mir über die Jahre hinweg als Erklärung in meinem Denken festgesetzt hat. Ich überprüfe es nicht auf seinen Wahrheitsgehalt, ich forsche nicht nach. Ich wühle mich nicht durch alte Aufzeichnungen, durch Gerichts- und Geheimdienstakten. Nur meine Wahrheit zählt, und sie zählt auch dann hier allein nur, wenn sie vielleicht nicht die Wahrheit ist, wenn ich's schon ahne, dass man dies alles auch ganz anders sehen und interpretieren kann, dass die gleichen Dinge von den Menschen, die mir familiär am nächsten stehen, ganz anders auch erlebt worden sein können. Ich schreibe nicht für sie, nicht für meinen Binder, meine Schwester.

Ich schreibe an der Legende Havemann. Das ist der Freibrief - ich habe ihn mir selber ausgestellt. Ich schreibe auf, was ich weiß. Ich schreibe nur auf, was ich weiß. Ich schreibe aber auch meine Zweifel an dem auf, was ich weiß. Ich schreibe meine Zweifel an dem auf, was ich weiß, denn um diese Zweifel weiß ich ja auch. Und ich weiß, dass alles Wissen zweifelhaft, bezweifelbar bleibt, bleiben muss. Ich weiß, dass ich mit dem Zweifel leben muss. Ich werde alles aufschreiben, was ich über Havemann weiß. Aber ich werde natürlich nicht alles aufschreiben können, was ich

über Havemann weiß. Denn ich weiß zuviel über Havemann.

Aber ich werde auch mehr aufschreiben über Havemann, als ich über Havemann weiß, als ich jetzt schon weiß, jetzt, wo ich anfangen, alles über Havemann aufzuschreiben, was ich weiß. Mir werden Dinge erst aufgehen, in ihren möglichen Zusammenhängen klar werden, während ich sie aufschreibe. Ich werde, in meine Erinnerungen eintauchend, dort sicher sehr viel mehr herausholen können, als ich es jetzt schon weiß.

Ich schreibe dieses Buch Havemann für mich. Es ist dies ein egoistisches, ein vollkommen egozentrisches Buch, ein ungerechtes sicher, ein für viele verletzendes auch. Es ist dies ein kommunistisches Buch, und wer Havemann ein bisschen kennt, wird wissen, warum ich diesen Scherz mache. Weil mein Vater im Vorwort zu seinen im Westen erschienenen Vorlesungen meinte, dieses sein Buch ein kommunistisches Buch nennen zu sollen. Deshalb ist auch dies Buch, mein Havemann, ein kommunistisches Buch. Weil es ein Buch für alle ist und für mich. Und weil auch in diesem Buch Havemann, wie im Kommunismus der Privilegien, ein paar meiner Leser gleicher sein werden als andere. Die Armen, die mich kennen. Die mich kennen und dieses Buch trotzdem lesen werden. Obwohl ich ihnen davon abraten werde, es zu lesen.

Nachsatz:

Wir entnahmen diese Informationen der Internetseite des Verlages und werden die Entwicklung für unsere Leser weiterverfolgen.

R.S.